

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31

DL21-Themenforum „Europa, Internationales und Frieden“

Frieden

Krisenprävention, Dialogbereitschaft und Entspannungspolitik

„Von deutschen Boden darf niemals wieder Krieg ausgehen.“ (Willy Brandt)

*„Die Regierungen der BRD und der DDR bekräftigen ihre Erklärungen, dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird [und] ... dass das vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen.“
(2+4-Vertrag von 1990 als Voraussetzung der deutschen Einheit)*

Die Welt, in der wir leben, ist in den vergangenen Jahren nicht friedlicher geworden. Obwohl die rot-grüne Bundesregierung schon 2004 den „Aktionsplan zivile Krisenprävention“ beschlossen hat und sinnvolle Gremien, wie etwa den „Ressortkreis zivile Krisenprävention“ gegründet hat, herrscht auch in der deutschen Politik bei der Konfliktbearbeitung nach wie vor ein Missverhältnis zwischen militärischen und zivilen Instrumenten zugunsten der militärischen Mittel. Konflikte bahnen sich über einen langen Zeitraum an. Sie finden jedoch nach wie vor viel zu oft erst dann Beachtung, wenn es für eine nichtmilitärische Lösung schon zu spät scheint. Die internationale Schutzverantwortung (RtoP) gebietet es, Menschen, die von ihrer eigenen Regierung nicht geschützt werden können, zu helfen. Das kann am sinnvollsten durch präventive und zivile Maßnahmen geschehen.

Die Militärinterventionen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Anwendung von Gewalt oft mehr Schaden als Nutzen mit sich bringt: In Afghanistan werden die Taliban stärker, der Irakkrieg 2003 hat den Boden für den sogenannten Islamischen Staat bereitet, und auch in Libyen, wo die NATO 2011 eingegriffen hatte, fasst er Fuß.

Trotzdem ist die militärische Logik nach wie vor zu stark präsent. Das zeigt sich etwa im Umgang mit Russland nach der Annexion der Krim und den Auseinandersetzungen in der Ostukraine. Statt auf Entspannung und Dialog setzen die NATO-Staaten auf Abschreckung, indem sie Truppen an die Grenze zu Russland verlegen.

Die NATO wurde als Verteidigungsbündnis im Kalten Krieg gegründet. Nachdem der Ost-West-Konflikt inzwischen mehr als 30 Jahre beendet ist, gilt es, die NATO als Bündnis der kollektiven

32 Verteidigung zu überdenken. Wir brauchen ein System der kollektiven Sicherheit, nicht der geteilten
33 Sicherheiten.

34 Um Frieden zu erreichen, muss auch die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der Vereinten
35 Nationen in politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fragen gestärkt werden

36

37 Wir fordern daher:

- 38 • Um dem Konflikt in der Ostukraine mit Russland zu begegnen sollte eine europäische
39 Friedenskonferenz einberufen werden. Die Entspannungspolitik muss wiederbelebt werden.
- 40 • Die Mittel für Friedensförderung und Konflikttransformation sind aufzustocken.
- 41 • Im Auswärtigen Amt ist ein permanenter Arbeitsstab einzurichten, der Länder- und
42 Konfliktanalysen erstellt und deren Monitoring übernimmt.
- 43 • Frühwarnsysteme und die sogenannte „early action“ müssen vorangebracht werden.
- 44 • Deutschland muss seiner internationalen Schutzverantwortung gegenüber von Genozid
45 bedrohten Menschen von allem durch Prävention und zivile Maßnahmen mit mehr
46 Nachdruck insbesondere durch ihren Einfluss auf verbündete Staaten nachkommen.
- 47 • Wir streben langfristig eine inklusive Sicherheitsarchitektur für ganz Europa an, die die NATO
48 perspektivisch überflüssig macht.
- 49 • Die Stärkung der UNO
- 50 • Auslandseinsätze der Bundeswehr darf es nur mit UN-Mandat geben.
- 51 • Die US-amerikanischen Atomwaffen sollen aus Deutschland abgezogen werden.
- 52 • Die Wehrpflicht soll nicht nur ausgesetzt, sondern abgeschafft werden.

53

54 **Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung**

55 Krisenprävention hängt eng mit Entwicklungspolitik zusammen. Denn Frieden und Entwicklung
56 bedingen einander. Frieden braucht Entwicklung und Entwicklung braucht Frieden. Konflikte sind oft
57 strukturelle Ursachen zurückzuführen – wie etwa auf Armut, ungleiche Handelschancen,
58 Auslandsverschuldung, ungleichen Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen oder Unterdrückung von
59 Minderheiten.

60 Trotz dieser Erkenntnisse tun weder Deutschland, noch die EU, noch die Industriestaaten insgesamt
61 genug, um der globalen Ungleichverteilung wirksam zu begegnen. Im Gegenteil tragen sie ihren Teil
62 dazu bei, das Nord-Süd-Gefälle aufrecht zu erhalten. Nach wie vor wird auf Kosten anderer Länder
63 etwa in Afrika oder Asien produziert, werden etwa Fischer vor der Afrikanischen Küste aufgrund der

64 Überfischung durch „westliche“ Fangflotten ihrer Lebensgrundlage beraubt. Die EU trägt mit ihren
65 ungerechten Handelsabkommen gegenüber afrikanischen Staaten dazu bei, die Armut in diesen
66 Ländern zu zementieren. Die konsequente Umsetzung der 17 Sustainable Development Goals (SDGs)
67 kann dazu beitragen, nicht nur die weltweite Armut zu bekämpfen, sondern würde auch umwelt- und
68 klimaverträgliches Wirtschaften ermöglichen.

69

70 Wir fordern daher

- 71 • Die Schaffung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung, in der den Schwellen- und
72 Entwicklungsländer die Handelsbedingungen nicht diktiert werden, sondern in der wir auf
73 Augenhöhe miteinander fairen Handel treiben,
- 74 • Handelsabkommen, die die Interessen des globalen Südens einbeziehen,
- 75 • Den Abbau sozialer Ungleichheit zwischen Nord und Süd,
- 76 • Die Minderung der weltweiten Armut,
- 77 • Die Aufstockung der Mittel für Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des BIP.
78 Entwicklungshilfezahlungen sollen außerdem vollständig von der Rückzahlungspflicht befreit
79 werden.
- 80 • Die Bundesregierung soll die SDGs national umsetzen und sich auf internationaler Ebene für
81 deren Einhaltung einsetzen.

82

83 Rüstungsexporte und Abrüstung

84 Waffen bringen häufig in internationalen Konflikten keine Eindämmung von Gewalt, sondern führen
85 eher zu einer weiteren Eskalation. Am tödlichsten ist hier der Einsatz von Kleinwaffen, weshalb sie
86 auch oft als Massenvernichtungswaffen bezeichnet werden.

87 Die Existenz von Massenvernichtungswaffen in einem Land birgt die Gefahr von Rüstungsspiralen, da
88 sie in nicht-verbündeten Ländern ein Gefühl der Unsicherheit hervorrufen. Diese gefühlte Bedrohung
89 führt zu dem Bestreben, ebenfalls Massenvernichtungswaffen besitzen zu wollen. Je mehr ABC-
90 Waffen es gibt, desto größer ist die Gefahr, dass diese tatsächlich angewendet werden.

91 Nach wie vor ist Deutschland drittgrößter Exporteur von Rüstungsgütern. Und nach wie vor werden
92 Kriegsgeräte auch in Krisengebiete geliefert. Der Deutsche Bundestag wird über diese Exporte zu spät
93 informiert. Eine Debatte im Parlament findet erst dann statt, wenn die das Genehmigungsverfahren
94 schon so weit vorangeschritten ist, dass bestimmte Ressorts sich scheuen, die Ausfuhrerlaubnis
95 zurückzuziehen, weil sie milliarden schwere Schadensersatzforderungen der Unternehmen fürchten.

96 Aktuell sollen dem Parlament nur endgültige Entscheidungen des Bundessicherheitsrates vorgelegt
97 werden. Der Bundessicherheitsrat befasst sich allerdings nur mit 80 bis 100 von insgesamt 16.000
98 Ausfuhrgenehmigungen. Wenn der Bundestag allerdings schon über Voranfragen beraten würde,
99 könnte die damit hergestellte Transparenz die Regierungen bei der Erteilung von Genehmigungen
100 vorsichtiger agieren lassen.

101 Die Federführung bei der Entscheidung über Waffenexporte obliegt nach wie vor dem
102 Wirtschaftsministerium. Rüstungsexporte sind aber kein Mittel der Wirtschafts- sondern der
103 Außenpolitik. Es handelt sich um Entscheidungen, die das Thema Krieg und Frieden betreffen. Daher
104 ist die Zuständigkeit beim Auswärtigen Amt anzusiedeln. In diesem Ministerium gibt es die
105 notwendigen Kompetenzen, um die Auswirkungen von Rüstungsexporten ganzheitlich beurteilen zu
106 können. Wirtschaftsinteressen dürfen bei Fragen von Rüstungsexporten keine Rolle spielen. Nur
107 wenn wir von Anfang an Transparenz herstellen und ergebnisoffen über Waffenausfuhren
108 diskutieren, werden künftige Bundesregierungen verantwortungsvoll agieren.

109

110 Wir fordern daher:

- 111 • Möglichst einen Stopp von Waffenexporten. Sollte dies nicht umgesetzt werden
 - 112 ○ dürfen zumindest keine Rüstungsgüter in Krisengebiete geliefert werden. Außerdem
 - 113 ist eine Positivliste der Länder zu erstellen, in die wir keine Waffen liefern.
 - 114 ○ muss die Regierung schon im Vorfeld von Entscheidungen über Rüstungsexporte –
 - 115 auch über Voranfragen – für Transparenz zu sorgen. Der Bundestag muss
 - 116 entsprechend bereits über Voranfragen informiert werden.
 - 117 ○ muss die Entscheidung über die Genehmigung von Rüstungsexporten beim
 - 118 Auswärtigen Amt und nicht beim Wirtschaftsministerium liegen.
 - 119 ○ sind die von Rot-Grün geschaffenen Exportrichtlinien einzuhalten.
 - 120 ○ müssen alle Waffenexporte vom Deutschen Bundestag genehmigt werden.
- 121 • Die internationale Ächtung der ABC-Massenvernichtungswaffen muss praktisch durch
- 122 planmäßig schrittweise Reduzierung umgesetzt werden.
- 123 • Der Rüstungsetat soll maximal um die Inflationsrate erhöht werden.
- 124 • Rüstungskonversion.

125

126 **Europa**

127 Obwohl die neoliberale Politik seit der Finanzmarktkrise unter verstärkten Legitimationsdruck geraten
128 ist, wird sie in Europa weiterhin politisch gefördert und durchgesetzt. Unter dieser Politik leiden
129 Menschen vor allem in Südeuropa. Am Beispiel Griechenlands lassen sich die Auswirkungen der
130 Austeritätspolitik deutlich beobachten. Griechenland wird von Europa doppelt belastet. Zum einen
131 durch die unsolidarische Haltung in der Flüchtlingsfrage, zum anderen durch die Austeritätspolitik.
132 Dadurch ist die Schuldenlast des Landes inzwischen massiv auf 180 % des BIP gestiegen.

133 Aber auch bei uns sind Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit, Niedriglöhne und dauerhaft prekäre
134 Beschäftigung abgedrängt. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich so weit wie noch nie.

135 Der durch die Austeritätspolitik beförderte Sozialabbau verstärkt Bedrohungsängste in der
136 Arbeitnehmerschaft und begünstigt damit rechtspopulistische Stimmungen. All das ist das Gegenteil
137 dessen, was die Menschen von einem vereinigten Europa erwarten. Die konservative Europapolitik
138 konnte die zunehmende wirtschaftliche und soziale Divergenz in der EU, vor allem in der Eurozone,
139 nicht stoppen. So ist zum Beispiel die italienische Volkswirtschaft, die drittgrößte der Währungsunion,
140 in den letzten sechs Jahren um durchschnittlich ca. 0,3 Prozentpunkte geschrumpft; Deutschland
141 hingegen ist durchschnittlich um ca. 1,9 Prozentpunkte gewachsen. Das schlägt sich auch auf den
142 Arbeitsmarkt nieder: Während hierzulande immer neue Beschäftigungsrekorde verbucht werden,
143 verharrt die Arbeitslosenquote in Italien, aber auch in Frankreich, immer noch bei ca. 10 Prozent (ganz
144 zu schweigen von den Quoten in Griechenland und Spanien). Diese massiven Unterschiede bergen
145 nicht nur Sprengkraft für die Währungsunion, sondern auch hohe politische Risiken für den
146 Zusammenhalt der Gemeinschaft.

147 Wir brauchen eine neue Verständigung für mehr Sozialstaatlichkeit und europäische Identität. Wir
148 fordern die Abkehr von der Austeritätspolitik in Europa und die Bereitstellung ausreichender
149 Finanzierungsgrundlagen für die öffentliche Daseinsvorsorge. Wir brauchen eine neue Verständigung
150 über einen nachhaltigen Fortschritt, der die Endlichkeit der Ressourcen zum Ausgangspunkt nimmt
151 und ein qualitatives Wachstum anstrebt, welches erhöhte Lebensqualität aller Menschen durch
152 Steigerung der Qualität von Produkten und Dienstleistungen bedeutet.

153 Nach dem Brexit steckt die EU wohl in der größten Krise ihrer Geschichte. Dieser Krise können wir nur
154 mit einer klaren Linie begegnen. Und dies bedeute eine Kehrtwende hin zu einem demokratischen,
155 sozialen und ökologischen Europa der Vielen.

156

157 Wir fordern daher:

- 158 • Eine EU-Investitionsoffensive für erneuerbare Energien, Forschung und Bildung,
159 Infrastrukturnetze, ökologische Landwirtschaft, Schutz der Umwelt und des Kulturerbes.
- 160 • Ein europäischer Solidaritätsfonds, um vor allem für junge Menschen neue Arbeitsplätze
161 zu schaffen.
- 162 • Die Erhöhung der Eigenmittel des EU-Haushaltes durch Besteuerung von
163 Finanztransaktionen und CO2-Emissionen/Die Schaffung eines Eurozonenbudgets mit der
164 Unternehmenssteuer als gemeinsame Steuer.
- 165 • Eine Neuordnung der Finanzwirtschaft. Das heißt im Einzelnen:
- 166 ○ Der Finanzsektor muss schrumpfen. Banken, die zu groß zum Sterben sind (too big to
167 fail), darf es nicht mehr geben. Dafür braucht es u.a. höhere
168 Eigenkapitalanforderungen für Finanzinstitute.
- 169 ○ Austrocknung von Schattenbanken und Steueroasen.
- 170 ○ Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer. Diese Steuer muss den
171 Handel mit Aktien, Anleihen, Devisen und Derivaten umfassen.
- 172 ○ Einführung eines Finanz-TÜV. Dieser TÜV prüft Finanzprodukte auf ihren sozialen und
173 ökonomischen Nutzen und entscheidet über ihre Zulassung.
- 174 ○ Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung und der Unternehmensmitbestimmung in
175 der Finanzwirtschaft.
- 176 • Eine Weiterentwicklung der europäischen Integration auf dem Feld der Wirtschafts- und
177 Sozialpolitik . Ziel muss sein, wirtschaftspolitische Steuerungsinstrumente für die Eurozone zu
178 schaffen, um die Wirtschafts- und Währungsunion handlungsfähiger zu machen und die
179 wirtschaftliche und soziale Divergenz zu stoppen und umzukehren. Diese neuen Instrumente
180 müssen demokratisch legitimiert sein. Dafür braucht es
- 181 ○ ein gemeinsames europäisches Schuldenmanagement (Euro-Bonds),
- 182 ○ eine gemeinsame Fiskalpolitik
- 183 ○ eine gemeinsame Haushaltspolitik
- 184 ○ eine gemeinsame Lohn-, Sozial- und Steuerpolitik
- 185 • Die Einführung von Mindeststandards für eine europäische Arbeitslosenversicherung,
- 186 • Nichtgewählte Institutionen, wie die EU-Troika, dürfen den Mitgliedstaaten keine Politik
187 diktieren.
- 188 Europa.
- 189 Wir schlagen vor, die wirtschaftspolitische Steuerung und demokratische Legitimität der Eurozone zu
190 stärken. Dazu gehört ein Eurozonenbudget, das für mehr Flexibilität in der Wirtschaftspolitik sorgt. Als
191 Grundstein für eine gemeinsame Fiskalpolitik ließe sich zunächst eine neue Haushaltlinie im EU-

192 Budget einführen, indem die Mitglieder der Eurozone auf bisherige Zuweisungen verzichten. Dies ist
193 auch jetzt schon ohne Vertragsänderungen möglich. Auf dieser Basis kann dann mittelfristig ein
194 Eurozonenbudget in Höhe von ca. 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Eurozone eingeführt
195 werden. Es würde aus einer konjunkturabhängigen Steuer finanziert werden und Ausgaben für
196 Infrastrukturprojekte und Budgetzuweisungen an Mitgliedstaaten vorsehen. Verwaltet werden würde
197 dieses Budget durch einen europäischen Finanzminister, der durch einen Eurozonen-Ausschuss im
198 Europäischen Parlament demokratisch legitimiert würde.

199 Um besser auf asymmetrische Schocks zu reagieren und die soziale Konvergenz zu stärken, wäre
200 zudem ein europäisches Kurzarbeitergeld – vorzugsweise geknüpft an soziale Mindeststandards zur
201 Stärkung der sozialen Dimension – ein geeignetes Mittel. Anders als eine europäische
202 Arbeitslosenversicherung, welche mit vielfältigen praktischen und politischen Problemen behaftet ist,
203 sind die Chancen auf Implementation höher.

204

205 In Europa gibt es nach wie vor ein Demokratiedefizit. So hat das Europäische Parlament (EP) zwar seit
206 1979 eine schrittweise Aufwertung erfahren, es besitzt aber trotzdem immer noch nicht die vollen
207 Rechte eines ordentlichen Parlamentes.

208 Zudem ist der europäische Entscheidungsprozess ineffektiv und undemokratisch. Die immer stärker
209 zwischenstaatliche Abstimmung zwischen nationalen Regierungen ist längst zur Handelsmaxime
210 konservativer Europapolitik geworden. Sie ist aber nicht Lösung, sondern Teil des Problems. Denn im
211 Kontext nationaler Wahlen sind Rechtsbeugung und -bruch von europäischen Regeln vorbestimmt.

212 Ein weiteres Problem ist das ungleiche Vorgehen bei Regelverstößen in der EU. Wird gegen die
213 Verschuldungskriterien verstoßen, werden Strafzahlungen angedroht, bei Verstößen gegen
214 Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit gibt es keine ähnlichen Konsequenzen. Das liegt auch daran,
215 dass er Europäische Rat einstimmig über Maßnahmen gegen Staaten entscheiden müsste, die gegen
216 rechtsstaatliche Prinzipien verstoßen, so dass der betroffene Staat immer sein Veto einlegen kann.

217

218 Wir fordern daher:

- 219 • die Aufwertung aus Ausweitung der Entscheidungsbefugnisse des EP (etwa durch mehr
220 Mitbestimmungsrechte in der Haushalts- und Wirtschaftspolitik, ein geteiltes Initiativrecht mit
221 der Kommission, die Unterstellung der Kommission unter das EP)

- 222 • Das EP soll Gesetzgebungskompetenz und weitere Kontrollrechte gegenüber der Europäischen
223 Kommission, sowie dem Europäischen Rat erhalten.
- 224 • Mehr Transparenz in den europäischen Entscheidungsprozessen.
- 225 • Eine Aufhebung der Einstimmigkeitsregelung im Europäischen Rat bei Verstößen gegen
226 rechtsstaatliche Prinzipien innerhalb einzelner Mitgliedstaaten.
- 227 • Alle Lobbyisten müssen sich registrieren lassen und dabei die Namen ihrer Kunden angeben,
228 wie viel Geld sie erhalten und wann sie sich mit (gewählten und nicht gewählten) Vertretern
229 Europas getroffen haben.

230

231 **Flüchtlinge**

232 65 Millionen Menschen sind inzwischen auf der Flucht. Die Gründe dafür sind vielfältig. Sie reichen von
233 politischer Verfolgung über Armut und Hunger bis hin zu Kriegen und bewaffneten
234 Auseinandersetzungen. Die meisten von ihnen halten sich außerhalb Europas auf, vor allem in den
235 Nachbarländern der betroffenen Staaten. Nur die wenigsten machen sich auf die gefährliche Reise
236 nach Europa. Viele von ihnen verlieren auf dem Weg, vor allem bei der Überquerung des Mittelmeers
237 ihr Leben. Jeder Tote ist einer zu viel!

238 Die Schuld daran tragen auch wir Europäer. Wir tun zu wenig, um Fluchtursachen zu beseitigen. Durch
239 unseren Wirtschaftsdruck und Waffenexporte tragen wir dazu bei, dass diese überhaupt entstehen.
240 Wir unterstützen die Nachbarländer der Herkunftsstaaten, in denen sich die meisten Flüchtlinge
241 aufhalten, nicht ausreichend. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union nehmen zu wenige
242 Flüchtlinge auf, und immer noch gibt es keine vernünftige Möglichkeit, legal in die EU einzureisen.

243 Durch die Dublin-Regelung, nach der Flüchtlinge nur in dem Land einen Asylantrag stellen dürfen, über
244 das sie in die EU eingereist sind, werden die Länder im Süden Europas unverhältnismäßig stark
245 belastet.

246 Als reiches Land tragen wir internationale Verantwortung. Wir können und wollen Menschen Schutz
247 und Zuflucht bieten. Wir haben eine breite solidarische Flüchtlingshelferbewegung, die
248 Flüchtlingspolitik in Deutschland geprägt hat. Die Verteidigung von Menschenrechten und des
249 Asylrechtes ergibt sich direkt aus den Grundwerten der SPD.

250

251 Wir fordern daher:

- 252 • Die Mitgliedstaaten der EU müssen sich auf eine gemeinsame Verteilung der Flüchtlinge auf
253 alle EU-Mitgliedstaaten einigen.
- 254 • Wir wollen Fluchtursachen bekämpfen, damit Menschen in ihrer Heimat für sich und ihre
255 Familien Perspektiven finden und in Sicherheit leben können.
- 256 • Kurzfristig müssen die Einrichtungen der Vereinten Nationen mit den erforderlichen Mitteln
257 ausgestattet werden.
- 258 • Wir wollen, dass die europäische Abschottungspolitik aufhört und die Staaten Europas sichere
259 und legale Fluchtwege ermöglichen.
- 260 • Wir wollen, dass der Bund allein für die Erstaufnahme verantwortlich ist, die Registrierung
261 sowie Erstuntersuchung übernimmt und die Entscheidung über Asylanträge innerhalb von drei
262 Monaten bewältigt. Länder und Kommunen sind für die weitere Unterbringung und
263 Integration zuständig und mit entsprechenden finanziellen Mitteln auszustatten.
- 264 • Wir wollen, dass sich auch die Stärksten in der Gesellschaft angemessen beteiligen, so dass der
265 Staat auch finanzielle Herausforderungen, wie den Zuzug von Menschen, bewältigen kann.
- 266 • die volle Wiederherstellung des Asylrechts.
- 267 • Die Schaffung eines Europäischen Einwanderungsgesetzes.
- 268 • Deutschland soll sich auf EU-Ebene für die Abschaffung der Dublin-III-Regelung einsetzen.
- 269 • Das fragwürdige Abkommen mit der Türkei lehnen wir in dieser Form ab und fordern nach den
270 innenpolitischen Entwicklungen in der Türkei eine kritische Überprüfung der Beziehungen zu
271 Ankara.

272

273 **TTIP/CETA**

274 Die Freihandelsabkommen Europas mit Kanada und den USA sind Ausdruck einer auf reinem
275 Wettbewerb und Gewinnorientierung ausgerichteten und letztlich Demokratie und Staat
276 aushebelnden Wirtschaftspolitik. Die Freihandelsabkommen verbessern aber nicht die
277 Lebensbedingungen der Menschen, sondern dienen ausschließlich der Sicherung und Verbesserung
278 der Profite von Großkonzernen. Damit sind die Freihandelsabkommen ein geopolitisches Projekt.

279 Das kann und darf nicht im Interesse eines Europas sein, das wir wollen. Wir wollen ein
280 demokratisches, gerechtes und solidarisches Europa.

281 Zweifellos wurden durch den starken öffentlichen Druck und das Engagement von Sigmar Gabriel
282 Verbesserungen im Vertragstext von CETA erreicht. Aber an vielen Stellen sind die roten Linien, die der
283 Parteikonvent im September 2014 beschlossen hatte, in CETA nicht eingehalten. Es bestünde die

284 Chance, durch Nachverhandlungen die offenen Punkte und Probleme im Vertrag zu lösen. Diese
285 wurden aber ausgeschlossen. Es ist fraglich, ob der nun veranschlagte Weg über Zusatzvereinbarungen
286 und Intepretationshilfen erfolgreich sein wird, zumal die SPD dafür weiterhin kaum Partner im
287 Europäischen Parlament und im Bundestag hat. Wenn die von der SPD aufgestellten Bedingungen
288 nicht erfüllt werden, darf keine Zustimmung vonseiten der sozialdemokratischen Abgeordneten für
289 CETA erfolgen.

290

291 Wir fordern daher:

- 292 • Die vom Parteikonvent im September 2014 beschlossenen 14 Punkte an die
293 Freihandelsabkommen TTIP und CETA müssen alle gleichermaßen erfüllt werden. CETA darf in
294 der vorliegenden Fassung nicht ratifiziert werden.
- 295 • Weitere Entscheidungen zu den Freihandelsabkommen werden mindestens auf einem
296 Bundesparteitag gefasst.
- 297 • Die Freihandelsabkommen können ohne Zustimmung der nationalen Parlamente in den
298 Mitgliedstaaten nicht in Kraft treten.
- 299 • Den Abbruch der Verhandlungen zum TISA-Abkommen.
- 300 • Die Etablierung einer multilateralen, entwicklungsfreundlichen und fairen Handelspolitik.